

Jakob Lempp
Thomas Pitz
Jörn Sickmann *Hrsg.*

Die Zukunft des Bargelds

Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis



Springer Gabler

Die Zukunft des Bargelds

Jakob Lempp · Thomas Pitz · Jörn Sickmann
(Hrsg.)

Die Zukunft des Bargelds

Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis

Herausgeber
Jakob Lempp
Hochschule Rhein-Waal
Kleve, Deutschland

Jörn Sickmann
Hochschule Rhein-Waal
Kleve, Deutschland

Thomas Pitz
Hochschule Rhein-Waal
Kleve, Deutschland

ISBN 978-3-658-21719-8 ISBN 978-3-658-21720-4 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-21720-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer Gabler

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Gabler ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Insgesamt waren Ende 2017 über 21 Mrd. Euro-Banknoten im Umlauf – eine Milliarde mehr als noch im Jahr 2016. Der Notenumlauf hat sich damit seit der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2002 fast verdreifacht. Insbesondere in Deutschland ist Bargeld als Zahlungsmittel nach wie vor sehr beliebt. Hierzulande wird auch im internationalen Vergleich besonders häufig in bar bezahlt und tatsächlich lehnen neun von zehn Deutschen die Abschaffung des Bargelds ab (vgl. Kap. 1). Bargeld ist unmittelbar sinnlich wahrnehmbares, materialisiertes Vertrauen. Diese grundsätzlich positive Einstellung gegenüber dem Bargeld hat sicherlich auch mit den vielen Vorteilen zu tun, die Bargeld den Verbrauchern bietet: Durch die weitgehende Anonymität des Bezahlvorganges wird das Kaufverhalten und somit die informationelle Selbstbestimmung der Konsumenten geschützt. Bargeld vermag zudem einer möglichen Politik der Negativzinsen entgegenzuwirken, weil den Sparern die Möglichkeit des Hortens von Bargeld bleibt; und schließlich ist Bargeld auch unabhängig von der Verfügbarkeit von Elektrizität und Internet – und somit technisch relativ voraussetzungsarm und sicher. Für die Verbraucher ergeben sich daher verschiedene Motivationslagen zur Nutzung von Bargeld. Und so ist trotz vielfältiger Alternativen und trotz voranschreitender Digitalisierung das Bargeld nach wie vor für viele Bürger „geprägte Freiheit“ und insofern auch mit einem hohen Maß an symbolischer Bedeutung aufgeladen.

Dennoch gerät das Bargeld immer stärker in die Defensive:

1. Zum Zwecke der Senkung von Transaktionskosten wird in immer mehr europäischen Ländern durch Auf- und Abrundungsregeln auf die Verwendung von Kleinstmünzen verzichtet.
2. Ganz allgemein sind auch in Deutschland die verschiedenen Varianten des elektronischen Zahlungsverkehrs auf dem Vormarsch.
3. Um Geldwäsche und Schwarzgeld effektiver bekämpfen zu können, wird die Limitierung von Barzahlungen durch die Einführung von Obergrenzen oder die Abschaffung von Geldscheinen mit hohem Wert (wie etwa dem 500-€-Schein) diskutiert.

4. Im Kontext anhaltend niedriger Zinsen suchen Banken nach neuen Geschäftsmodellen und versuchen durch die Einführung von Gebühren für Bargeldtransaktionen die Verwendung von Bargeld für ihre Kunden unattraktiver zu gestalten.
5. Zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten schaffen lokale Akteure Regional- und Komplementärwährungen.
6. Unter anderem mit dem Ziel, unabhängig von staatlich organisierten Geldsystemen zu werden, gewinnen Kryptowährungen wie Bitcoin, Ethereum oder Ripple immer mehr an Bedeutung. Die in jüngerer Zeit zu beobachtenden Kursentwicklungen werfen Fragen nach der Stabilität und nach der Notwendigkeit einer regulatorischen Aufsicht auf.

Wie sieht vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen die Zukunft des Bargelds aus? Wird es auch in Zukunft und unter stark veränderten Rahmenbedingungen seine Rolle als Zahlungs-, Wertaufbewahrungs- und Wertbemessungstitel bewahren können? Diese Fragen scheinen derzeit offener denn je. Im vorliegenden Sammelband wird die Zukunft des Bargelds von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Dabei war den Herausgebern wichtig, dass nicht nur Autorinnen und Autoren aus der Wissenschaft, sondern auch solche aus der Praxis zu Wort kommen. Der Band enthält deshalb auch Beiträge von Autorinnen und Autoren aus Zentralbanken, Geschäftsbanken, Finanzberatungsdienstleistern, Verbänden und der Industrie- und Handelskammer. Die insgesamt 14 Beiträge decken zudem ganz unterschiedliche Fachdisziplinen ab. Neben Ökonomen und Betriebswirten kommen auch Politikwissenschaftler, Juristen, Kunsthistoriker und Soziologen zu Wort.

Zunächst gibt *Oliver Serfling* einen Überblick über die Einstellungen der Deutschen zu Bargeld. Auf der Grundlage von je nach Fragestellung zwischen 15.000 und knapp 50.000 Stimmen im Rahmen einer umfangreichen und für die deutsche Wahlbevölkerung repräsentativen Umfrage werden Zahlungsgewohnheiten, die Einstellung zu Bargeld und seinen Alternativen, aber auch Meinungen zu konkreten Vorhaben wie die Abschaffung des 500-€-Scheins erhoben und nach soziodemografischen Merkmalen ausgewertet.

Anschließend behandeln *Johannes Klocke* und *Heike Winter* die Frage, wie die Digitalisierung als Triebfeder für Innovationen das bargeldlose Zahlen befördert und benennen Bedingungsfaktoren für den Erfolg. Der Beitrag schließt mit einer Übersicht über aktuelle Trends im bargeldlosen Zahlungsverkehr ab.

In einem dritten Kapitel erörtert *Frank Rieger* die Einführung von Obergrenzen für Bargeldtransaktionen aus rechtlicher und praktischer Sicht. Er verweist auf die unterschiedlichen Rechtslagen in verschiedenen europäischen Ländern und stellt insbesondere auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die Vertrags- und Berufsfreiheit sowie die Eigentumsfreiheit als rechtliche Grenzen einer Begrenzung von Bargeldtransaktionen ab.

Thomas Birnstein thematisiert anschließend die Möglichkeiten und Folgewirkungen der Einführung von Gebühren für Bargeldtransaktionen bei Banken und präsentiert ein differenziertes Bild einer kostendeckenden Bargeldbewirtschaftung.

Einer Untersuchung des Auftretens von Komplementär- oder Regionalwährungen weltweit und speziell in Deutschland widmet sich der Beitrag von *Christian Thiel*.

Die Regionalwährungen werden hier systematisch und unter Berücksichtigung technischer und kultureller Aspekte diskutiert. Am Ende dieses Beitrags steht die Aussicht, dass möglicherweise gerade für dieses „idealistische Geld“ die Zukunft im scheinbar antiquierten Geldmedium „Bargeld“ liegt.

Dem Thema „Bitcoin“ wendet sich der Beitrag von *Harald Meisner* zu. Neben einer Reflexion der Vor- und Nachteile des Bitcoin und anderer Kryptowährungen wird der „Geldcharakter“ dieser (in der Regel auf der Blockchain-Technologie aufruhenden) Systeme diskutiert und ein Ausblick auf die Zukunft des Bitcoin als Herausforderung in der Finanzsphäre gegeben.

Die steuerlichen Aspekte der Bargeldbewirtschaftung thematisiert *Ralf Klappdor* in seinem Beitrag am Beispiel der Registrierkassen. Insbesondere für bargeldintensive Betriebe stellt sich hier die Frage, wie mit den strenger werdenden Regelungen vonseiten der Finanzverwaltung im operativen Geschäft umgegangen werden soll. Er macht an diesem Beispiel deutlich, wie Deutschland den technischen Lösungen in anderen Ländern hinterherhinkt.

Andreas Neumann und *David Wilhelm* beschäftigen sich im Anschluss mit den rechtlichen Aspekten digitaler Bezahlformen. Die Ausführungen beziehen sowohl digitale Zahlungsdienste als auch Kryptowährungen ein. Im Fokus stehen dabei aufsichtsrechtliche und zivilrechtliche Aspekte. Zudem wird auf die straf- und deliktrechtlichen Aspekte insbesondere bei Kryptowährungen eingegangen, ein Bereich, bei dem die Einordnung in bestehende Rechtskategorien schwierig ist.

Eng damit verknüpft ist das nachfolgende Kapitel von *Heike Mai*, in welchem auf die verschiedenen Überlappungsbereiche von Bargeld und Kriminalität eingegangen wird. Geldwäsche, Schattenwirtschaft, das internationale organisierte Verbrechen und die Terrorfinanzierung nutzen die Vorteile des Bargelds. Die Autorin bleibt skeptisch, ob diesen Bereichen der Kriminalität mit einer Einschränkung der Bargeldnutzung wirklich effektiv begegnet werden kann.

Ein gerade auch im Kontext der Kriminalitätsbekämpfung immer wieder im Blickpunkt stehendes Thema ist die Zukunft des 500-€-Scheins. Der Einstellung der Produktion und Ausgabe dieses größten Euroscheins sowie den hier zugrunde liegenden Ursachen widmet sich in kritisch reflektierender Weise *Martin Keim*.

Auf der entgegengesetzten Seite des Spektrums beschäftigt sich der Beitrag von *Jakob Lempp*, *Thomas Pitz* und *Jörn Sickmann* mit dem Umgang mit den Ein- und Zwei-Cent-Münzen. Ausgehend von einer empirischen Untersuchung der Einführung einer an die niederländische Praxis angelehnten Rundungsregel in Kleve, fragen die Autoren, wie Händler und Kunden auf das Runden in diesem Pilotfall reagierten.

Mit der Zukunft der Visualität des Bargelds beschäftigt sich *Stefan Hartmann* in seinem Beitrag. Dabei steht die symbolische Dimension von Banknoten im Vordergrund, wobei auf den Umstand abgehoben wird, dass es gerade diese symbolischen Funktionen sind, die konstitutiv für die Funktionen des Bargelds sind, schließlich basieren diese nach wie vor auf dem Vertrauen, das die Nutzer in die Banknoten haben.

Mit den Erkenntnissen aus der Verhaltensforschung zu psychologischen Preisen, Kaufentscheidungen und dem „Schmerz des Bezahlens“ beschäftigen sich *Jörn Sickmann*, *Carina Goldbach* und *Achiel Fenneman*. Sie verweisen auf die Notwendigkeit, kognitive und nicht-rationale Aspekte in die Diskussion über die Zukunft von Bargeld als Zahlungsinstrument und seine Auswirkungen auf das Konsumverhalten miteinzubeziehen.

Im abschließenden Kapitel stellen schließlich *Sascha Füllbrunn* und *Carin van der Cruysen* die in vielerlei Hinsicht im Vergleich zu Deutschland sehr unterschiedliche Situation in den Niederlanden vor. Insbesondere ist das Zahlungsverhalten der Niederländerinnen und Niederländer in weit stärkerem Maße von der Nutzung digitaler Varianten geprägt.

Jakob Lempp
Thomas Pitz
Jörn Sickmann

Inhaltsverzeichnis

1	Was denken die Deutschen über die Abschaffung des Bargelds?	1
	Oliver Serfling	
2	Bargeldloses Zahlen – Digitalisierung als Triebfeder für Innovation	35
	Johannes Klocke und Heike Winter	
3	Einführung einer Obergrenze für Bargeldtransaktionen – Rechtliche Grenzen und die Perspektive der Praxis	47
	Frank Rieger	
4	Gebühren für Bargeldtransaktionen bei Banken	57
	Thomas Birnstein	
5	Bargeld in privaten Geldsystemen.	73
	Christian Thiel	
6	Bitcoins als Herausforderung in der Finanzsphäre	89
	Harald Meisner	
7	Steuerliche Aspekte der Bargeldbewirtschaftung	103
	Ralf Klapdor	
8	Rechtliche Aspekte digitaler Bezahlformen	113
	Andreas Neumann und David Wilhelm	
9	Bargeld und Kriminalität.	133
	Heike Mai	
10	Die Zukunft des 500-€-Scheins	143
	Martin Keim	
11	Abschaffung von Kleinmünzen durch Rundung	153
	Jakob Lempp, Thomas Pitz und Jörn Sickmann	

- 12 Die Zukunft der Visualität des Bargelds, oder:
Auslaufmodell Banknote? 167**
Stefan Hartmann
- 13 Kaufentscheidungen, psychologische Preise und der
Schmerz des Bezahlens – Erkenntnisse der
Verhaltensforschung 185**
Jörn Sickmann, Carina Goldbach und Achiel Fenneman
- 14 Zahlungsverhalten in den Niederlanden – eine Fallstudie 205**
Sascha Füllbrunn und Carin van der Cruisen



Was denken die Deutschen über die Abschaffung des Bargelds?

1

Ergebnisse einer Meinungsbefragung durch das Meinungsforschungsunternehmen Civey

Oliver Serfling

Inhaltsverzeichnis

1.1	Problemstellung	2
1.2	Erhebungsmethodik	4
1.3	Datenerhebung	5
1.4	Ergebnisse der Umfrage	6
1.4.1	Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?	6
1.4.2	Welches Ziel würde am ehesten überzeugen, das Bargeld abzuschaffen?	7
1.4.3	Wie groß ist die Akzeptanz von Bargeldbeschränkungen?	8
1.4.4	Wie groß ist die Bargeldpräferenz wirklich?	11
1.4.5	Welche Rolle spielen Datenschutzaspekte bei der Zahlungsmittelwahl?	14
1.5	Kritische Würdigung	19
1.6	Anhang	20
	Literatur	33

Das Bargeld ist eines der Deutschen liebsten Kinder. Rund 90 % lehnen die Abschaffung des Bargeldes ab. Aber auch im täglichen Geschäftsgebaren halten die Deutschen am Bargeld als dem wichtigsten Zahlungsmittel fest. Trotz aller Innovationsbereitschaft deutscher Unternehmen tun sich deutsche Konsumenten hinsichtlich der Akzeptanz elektronischer Zahlungsinnovationen weiterhin schwer.

O. Serfling (✉)
Hochschule Rhein-Waal, Kleve, Deutschland
E-Mail: oliver.serfling@hochschule-rhein-waal.de

Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse einer breit angelegten repräsentativen Meinungsbefragung der deutschen Wahlberechtigten vor und geht Hinweisen nach, welche Bestimmungsgründe doch zu einem allmählichen Stimmungs- und Einstellungswandel der Deutschen zum Bargeld führen könnten.

1.1 Problemstellung

Im Nachgang der Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 wurde die Abschaffung des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel wiederholt und mit zunehmender Intensität insbesondere vonseiten der Kreditwirtschaft eingefordert. So forderte der Bankenverband 2017 die Anerkennung elektronischer Zahlungsverfahren als gesetzliches Zahlungsmittel und somit die Abschaffung der impliziten Annahmepflicht von Bargeld (Bundesverband deutscher Banken e. V. 2017, S. 7–8). Grund hierfür dürften einerseits die hohen privatwirtschaftlichen Kosten des Bargeldkreislaufes sein, die in einer Studie von Kleine et al. (2013) auf 12,5 Mrd. € jährlich oder 150 € pro Kopf geschätzt werden. Andererseits steht die vermeintliche Liebe zum Bargeld der raschen Verbreitung von neuen, mobilen, elektronischen Zahlungsinnovationen entgegen. Aber auch die Bekämpfung von Steuer- und Abgabebetrag, Geldwäsche, Terrorfinanzierung und anderen kriminellen Aktivitäten werden immer wieder für die Abschaffung des Bargeldes ins Feld geführt. Aus makroökonomischer Perspektive wird hingegen die Steigerung der Effektivität der Geldpolitik ins Feld geführt, da die Möglichkeit des Hortens von Bargeld die Zinsen bei minimal Null Prozent begrenzt und Banken kaum Möglichkeiten haben, Negativzinsen an die Verbraucher weiterzureichen (vgl. z. B. Rogoff 2016). Obwohl sich die meisten Parteien sich in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017 für eine Beibehaltung des Rechts auf Bargeldzahlungen aussprachen, konstatieren zuweilen einige Chronisten einen ‚Krieg gegen Bargeld‘ (vgl. z. B. Häring 2016; Otte 2016) und auch die Deutsche Bundesbank (2017) diskutiert vermehrt über die Zukunft des Bargeldes.

Die allgemeine Abschaffung von Münzen und Geldscheinen wäre sicherlich eine Extremlösung, die auch in Ländern mit hoher Akzeptanz gegenüber unbaren Zahlungsmethoden noch etwas auf sich warten lassen dürfte. Hingegen sind bereits in vielen Ländern Europas Bargeldbeschränkungen anderer Form in Planung oder in Kraft. So gibt es in zwölf Ländern der Europäischen Union bereits eine gesetzliche Obergrenze für Barzahlungen, von 500 € je Transaktion in Griechenland (mit Ausnahme von Autokäufen), 1000 € in Portugal und Frankreich (für Steuerinländer) bis zu umgerechnet rund 15.000 € in Polen. In Deutschland gibt es eine solche Obergrenze bislang zwar nicht, allerdings wurde im Zuge der Umsetzung der vierten Geldwäscherichtlinie die Ausweispflicht bei Barzahlung von Beträgen größer 10.000 € ab Juni 2017 geregelt. Zudem wird in der Europäischen Union die Einführung einer generellen Obergrenze für Bargeldtransaktionen von 5000 € diskutiert.

Eine andere Form von Beschränkung ergibt sich aus dem Beschluss der Europäischen Zentralbank, die Ausgabe des 500-€-Scheines gegen Ende des Jahres 2018 einzustellen (vgl. Europäische Zentralbank 2016). Am unteren Ende der Bargeld-Stückelung ist das sukzessive Verschwinden von Ein- und Zwei-Cent-Münzen zu erwarten. So haben die Zentralbanken in Finnland, Irland, Belgien und den Niederlanden das Prägen der Kupferlinge bereits stark reduziert, Italien wird 2018 folgen. Als Grund hierfür dürfte die negative Seignorage gelten, d. h., dass die Produktionskosten den Nominalwert dieser Münzen übersteigen. Gleichzeitig werden die Kleinmünzen weitestgehend nicht von Automaten akzeptiert und gemäß der Meinungsumfragen der EU-Kommission unter Bürgern der Europäischen Union „Eurobarometer“ sprechen sich regelmäßig über 80 % der Befragten für eine Abschaffung der beiden Kleinstmünzen aus (vgl. Europäische Kommission *div.*, Nrn. 306, 362, 429, Frage Q4bis.).

Während insbesondere in Nordeuropa elektronische Zahlungsmittel inzwischen für mehr als acht von zehn Transaktionen genutzt werden (vgl. Sveriges Riksbank 2017), ist Bargeld noch immer das am weitesten verbreitete Zahlungsmittel deutscher Konsumenten. So bezahlten diese ihre Einkäufe im Jahre 2014 weiterhin in rund 80 % der Fälle mit Münzen und Banknoten, dies entsprach gut 53 % des gesamten Umsatzes am „Point of Sale“ (vgl. Deutsche Bundesbank 2014, S. 27).

Auch wenn sich diese statistische Erkenntnis mit der eigenen Wahrnehmung an den Kassen der Supermärkte und Kaufhäuser dieser Republik deckt, ist die Frage nach den möglichen Bestimmungsgründen der Deutschen für das Festhalten am Bargeld weitestgehend unbeantwortet. So wird in der politischen Diskussion immer wieder das Datenschutzbedürfnis der Deutschen als möglicher Grund genannt. In einer Befragung des Online-Marktforschungsunternehmens YouGov des Jahres 2015 gaben jeweils rund drei Viertel der Befragten an, dass es Bargeld im Vergleich zur Kreditkarte ermögliche, einen besseren Überblick über die eigenen Finanzen zu behalten und dass Bargeld grundsätzlich sicherer sei als Kartenzahlung. Selbst bei der Frage nach der Praktikabilität lag Bargeld noch rund neun Prozentpunkte vor dem Plastikgeld (YouGov 2015). Der bessere Überblick über die Finanzen und die Gewohnheit sind die meistgenannten Gründe für die Barzahlung im Geschäft in einer Umfrage des deutschen Bankenverbandes (vgl. Bundesverband deutscher Banken e. V. 2016). Einfachheit, Sicherheit und Datenschutzaspekte stehen gemäß dieser Erhebung eher im Hintergrund.

Basierend auf einer breit angelegten Online-Meinungsbefragung mit repräsentativen Ergebnissen für die Wahlbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland geht dieser Beitrag den folgenden Fragen nach: Wie groß ist die Zustimmung der Deutschen zur Abschaffung des Bargeldes und gibt es in der Befürwortung oder Ablehnung soziodemografische oder -politische Unterschiede? Welches Ziel würde am ehesten überzeugen, das Bargeld abzuschaffen? Wie groß ist die Akzeptanz anderer Formen der Bargeldbeschränkung? Wie hoch ist die Bargeldpräferenz der Deutschen wirklich? Und letztlich: Welche Rolle spielen Datenschutzaspekte bei der Wahl des Zahlungsmittels?

1.2 Erhebungsmethodik

Der vorliegende Beitrag wertet Umfragedaten des Meinungsforschungsunternehmens Civey aus. Civey ist ein im Jahre 2015 vom Autor dieses Beitrages mitgegründetes Start-up mit Sitz in Berlin, das sich auf repräsentative Meinungsforschung in Echtzeit spezialisiert hat. Die Umfragemethodik ist vollständig online-basiert und setzt auf freiwillige Teilnahme. Die aus diesem nicht-randomisierten Verfahren resultierenden Daten sind somit zunächst einer Stichprobenverzerrung ausgesetzt. Civey hat ein dreistufiges Verfahren entwickelt, welches es dennoch ermöglicht, binnen weniger Stunden repräsentative Ergebnisse zu ermitteln. In einem ersten Schritt werden Umfragen in Kooperation mit zahlreichen Medienpartnern in einem über 16.500 Webseiten umfassenden Umfrage-Netzwerk über einen Relevanz-Algorithmus ausgespielt. In diesem Netzwerk sind große Nachrichtenseiten über das gesamte politische Spektrum enthalten, um möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu erreichen und Selektionsverzerrungen zu verringern (sog. „River-Sampling“). Durch diese Verfahrensweise wird sichergestellt, dass nicht nur die Besucher einer einzigen Website bzw. einer spezifischen Grundhaltung an einer Umfrage teilnehmen. In einem zweiten Schritt wird eine post-stratifizierte Quotenstichprobe mit einem Umfang von mind. 5000 Beobachtungen gezogen, bei denen nur die Abstimmungen des Panels von derzeit 1,25 Mio. registrierten Nutzer berücksichtigt werden, über die ein Mindestmaß an soziodemografischen Informationen vorliegt. Dabei quotiert Civey unter anderem nach Alter, Geschlecht, Bevölkerungsdichte, Parteipräferenz und dem Zeitpunkt der Stimmabgabe, wobei bei Mehrfachabstimmungen stets nur die aktuellsten Abstimmungen in der quotierten Stichprobe berücksichtigt werden. In einem dritten Schritt werden die abgegebenen Stimmen nach weiteren soziodemografischen Charakteristika der Abstimmenden gewichtet, um etwaige noch bestehende Verzerrungen zu korrigieren und wahlweise die Ergebnisse an die Wohnbevölkerung oder Wahlberechtigten der Bundesrepublik Deutschland anzupassen.

Die Nutzermotivation wird dabei durch ein standardisiertes Frageformat mit direkter Einblendung der repräsentativen Ergebnisse nach der Abstimmung aufrechterhalten. Rohdatenergebnisse sowie Stichprobenfehler werden angezeigt. Das Umfrage-Widget ist auf allen Endgeräten, wie PCs, Smartphones und Tablets erreichbar. Durch die mobilen Endgeräte wird ein Beantworten der Fragen von unterwegs vereinfacht, also bspw. in Bus und Bahn, was zudem einer etwaigen Verzerrung durch mittels Telefonbefragung tendenziell schwerer zu erreichende Bevölkerungsschichten wie z. B. Vollzeit-Erwerbstätigen entgegenwirkt. Im Durchschnitt nimmt ein aktiver Civey-Nutzer an knapp 50 Umfragen im Monat teil, was sich zu über 500.000 repräsentativen Voten am Tag bzw. rund 15 Mio. im Monat aufsummiert.

Die Struktur des Civey-Panels in demografischer Hinsicht für die meisten Variablen ausgewogen, bei einzelnen Variablen, wie z. B. Schulbildung und Geschlecht, liegt aber dennoch eine teils beträchtliche Verzerrung in den Rohdaten vor. Durch die im

Vergleich zu anderen Erhebungsinstrumenten (z. B. Telefonbefragung) deutlich höhere Teilnehmerzahl, lassen sich dennoch problemlos quotierte Stichproben ziehen, welche die Bevölkerungsstruktur repräsentieren. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass durch die Quotierung eine gleichwertige Bevölkerungsabdeckung wie bei klassischen Telefonbefragungen erzielt werden kann.¹

1.3 Datenerhebung

Die Frage „Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?“ gehört zum Standard-Fragekatalog von Civey und wird seit Mitte August 2016 erhoben. Für diesen Beitrag wurden zwischen dem 6. Juni und dem 15. Juli 2017 weitere 14 Fragen zu den Themenbereichen Zahlungsverhalten und Datenschutzaspekten in das Panel aufgenommen. Die hier zugrunde liegende Stichprobe enthält alle Abstimmungen von Civey-Nutzern zu diesen 15 Fragen, die bis 31. Oktober 2017 erfolgt sind. Da es im Zeitverlauf prinzipiell zu Mehrfachabstimmungen eines gleichen Nutzers kommen kann, wurde jeweils nur die jüngste Abstimmung eines Nutzers zu einer Frage berücksichtigt. Dies führt zu einer Stichprobengröße von rund 17.000 Abstimmungen je Frage. Die deutlich länger laufende Frage nach der Abschaffung des Bargeldes erhielt 49.813 Stimmen.²

Die im Folgenden zitierten Ergebnisse beziehen sich auf Tab. A.1 im Anhang, sofern nicht anders angegeben. In der Zeile „Alle“ finden sich die prozentualen Anteile der Stimmen je Antwortoption. In den Zeilen darunter werden diese auf weitere Teilgruppenmerkmale konditioniert. In der jeweils letzten Spalte einer jeden Frage wird zum leichteren Vergleich ein Zusammenfassendes Maß dargestellt. Bei Fragen mit einer 5er-Likert-Skala (z. B. mit den Antwortkategorien: „ja“, „eher ja“, „unentschieden“, „eher nein“, und „nein“) wird der Saldo aus den Prozentanteilen der beiden zustimmenden Kategorien abzüglich der Prozentanteile der beiden ablehnenden Kategorien gebildet, wobei die Mittelkategorie und „weiß nicht“ – Antworten unberücksichtigt bleiben. Zum Test auf die Stärke des Zusammenhangs der Antwortverteilung zweier Fragen, bzw. einer Frage und einem soziodemografischen Charakteristikum, wird der Chi-Quadrat-Test auf stochastische Unabhängigkeit herangezogen. Sofern die Nullhypothese (stochastische Unabhängigkeit) auf einem Signifikanzniveau von einem Prozent verworfen werden kann, ist die entsprechende Teilmerkmalsgruppe schattiert hinterlegt und es wird in der Erläuterung der Ergebnisse darauf eingegangen.

¹Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Abdeckungsrate für Internetanschlüsse mit gegenwärtig 89,3 % nur noch wenige Prozentpunkte hinter der Abdeckungsrate für Festnetzanschlüsse von 91 % liegt. Diese nimmt seit Jahren zu, während die Anzahl von Festnetz-Telefonanschlüssen weiterhin rückläufig ist.

²Die laufend aktualisierten Ergebnisse der letzten 5000 Stimmen können unter: <https://widget.civey.com/46> eingesehen werden.

1.4 Ergebnisse der Umfrage

1.4.1 Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?

90 % der deutschen Wahlberechtigten lehnen die Abschaffung des Bargelds in Deutschland ab, 8 % sind dafür und 2 % gaben „weiß nicht“ an (siehe Tab. A.1, Spalte I). Etwas stärker ablehnend stehen Frauen der Abschaffung gegenüber. Es gibt keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, allerdings ist die Stärke der Ablehnung in den Stadtstaaten (Hamburg, Berlin, Bremen) sowie in den nördlichen Bundesländern (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen) etwas geringer und in Süddeutschland am stärksten. Beim Blick auf die soziodemografischen Charakteristiken der Befragten Wähler zeigt sich, dass die Ablehnung der Abschaffung des Bargeldes wohl hauptsächlich durch das Alter determiniert wird. So vollzieht sich von der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen aufwärts ein kontinuierlicher Anstieg der Ablehnung von 84 % auf über 93 % bei den 65-Jährigen und Älteren. Diese altersgruppenspezifischen Unterschiede dürfte mit Blick auf den Familienstand die höhere Ablehnung unter den (typischerweise älteren) Verwitweten und die geringere Ablehnung bei den (typischerweise jüngeren) Alleinstehenden erklären, sowie bei Studenten (siehe Abschnitt: Erwerbsstatus). Mit Blick auf den höchsten Schulabschluss steigt das Saldo aus Prozentwerten der Befürworter minus Prozentwerten der Gegner mit der Dauer des Schulbesuchs kontinuierlich an: von $-88,3$ Prozentpunkten (PP) bei Personen ohne Schulabschluss auf -80 PP bei Personen mit Abitur. Mit Blick auf den Erwerbsstatus ist die Zustimmung unter Vollzeitbeschäftigten und Studenten am höchsten, gefolgt von Teilzeitbeschäftigten. Unter Selbstständigen und Rentnern ist die Ablehnung mit über 92 % am größten. Dieses Ergebnis könnte darauf hinweisen, dass neben dem Alterseffekt auch Zeitknappheit ein Motiv von Beschäftigten ist auf die Bargeldbesorgung zu verzichten und auf unbare Zahlungsmittel zu setzen.

Civey befragt seine Nutzer auch wöchentlich nach der Wahlabsicht bei der nächsten Bundestagswahl (Sonntagsfrage Bund). Schlüsselte man die Zustimmung und Ablehnung der Bargeldabschaffung nach der Wahlabsicht auf, so zeigt sich eine höhere Zustimmung unter Nichtwählern und Grünen-Anhängern mit über 11 %, und eine deutliche stärkere Ablehnung unter den AfD-Anhängern mit über 95 %, während sich die Anhänger der anderen Parteien weniger stark ausdifferenziert in der Mitte dieses Kontinuums befinden. Dies korrespondiert erstaunlicherweise gut mit der Prominenz und Intonation des Themas Bargeld in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2017.³

³So findet das Thema Bargeld keine Erwähnung im Wahlprogramm von Bündnis90/Die Grünen, während sich das AfD-Programm mit plakativen Worten, wie „Gefahr“, „Bollwerk“, „totale Kontrolle“ gegen die unterstellte „schleichende“ Bargeldabschaffung stemmt. Die Programme der anderen Parteien bekräftigen das Bekenntnis zur Existenz des Bargeldes, differenzieren darüber hinaus aber auch mit Aussagen zu digitalen Zahlungsmitteln der Zukunft.

1.4.2 Welches Ziel würde am ehesten überzeugen, das Bargeld abzuschaffen?

Unabhängig davon, ob man die Abschaffung des Bargeldes befürwortet oder nicht, wollen wir wissen, ob es Gründe geben könnte, die am ehesten überzeugen würden, das Bargeld abzuschaffen. Erwartungsgemäß finden 60 % der Befragten kein Ziel überzeugend, welches die Abschaffung von Bargeld rechtfertigen könnte. Unter den möglichen Zielen rangieren die Vereinfachung von Zahlungsvorgängen mit 14 % Nennungen an erster Stelle, die Kriminalitätsbekämpfung mit 11 % an zweiter Stelle und der Kampf gegen Steuerhinterziehung mit 9 % an dritter Stelle. Das Argument der Kostensenkung sehen hingegen nur 2,8 % und die mögliche Datengewinnung über das Kaufverhalten halten nur 0,6 % für ein legitimes Ziel. Die Vereinfachung von Bezahlvorgängen ist dabei insbesondere den jüngeren Wählern, Alleinstehenden, Vollzeitbeschäftigten und Studenten überdurchschnittlich wichtig. Erwartungsgemäß ist das Ziel der Bekämpfung von Steuerhinterziehung für Anhänger von SPD und Grünen eher wichtig, während bei Anhängern von CDU/CSU und FDP die allgemeine Kriminalitätsbekämpfung ein relativ stärkeres Gewicht hat.

Die Reihenfolge legitimer Ziele unterscheidet sich dabei nicht zwischen Befürwortern und Gegnern der Bargeldabschaffung. Lediglich der Anteil derer, die kein Ziel als überzeugend ansehen, ist mit 67 % unter den Gegnern eindeutig stärker als unter den Befürwortern mit 10,4 % (vgl. Tab. 1.1). Die beiden Fragen sind stochastisch unabhängig auf dem 1 %-Signifikanzniveau.

Tab. 1.1 Zustimmung zu möglichen Zielen der Bargeldabschaffung nach Zustimmung zur Abschaffung. (In %, Spalten summieren sich auf 100 %; Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Civey-Fragen Nr. 46 und 1101)

		Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?		
		Weiß nicht	Nein	Ja
Welches Ziel würde am ehesten überzeugen, das Bargeld abzuschaffen?	Datengewinnung zum Kaufverhalten	0,0	0,5	0,5
	Kostensenkung	3,1	2,2	4,7
	Kriminalitätsbekämpfung	16,0	10,6	24,1
	Kampf gegen Steuerhinterziehung	20,3	7,3	16,5
	Vereinfachung von Bezahlvorgängen	23,5	10,8	41,4
	Ein anderes Ziel	0,9	0,6	2,1
	Kein Ziel überzeugt mich	35,4	66,5	10,4
	Weiß nicht	0,8	1,5	0,4

1.4.3 Wie groß ist die Akzeptanz von Bargeldbeschränkungen?

Als weniger extreme Form der Abschaffung von Bargeld können Beschränkungen des Bargeldverkehrs angesehen werden. Wir wollten herausfinden, ob es für diese Form der Beschränkungen eine höhere Akzeptanz gibt und wie diese mit der generellen Einstellung zur Bargeldabschaffung zusammenhängt.

1.4.3.1 Sollte das Bezahlen mit Bargeld ab einem bestimmten Betrag untersagt werden?

Es gibt kein überwiegendes Verständnis dafür, die Bargeldtransaktionen nach oben zu beschränken. Knapp zwei Drittel der Befragten (65 %) lehnt eine solche Obergrenze ab. Von den 31 %, die sich eine solche Obergrenze wünschen, läge diese im Durchschnitt bei 2652 € je Transaktion. Frauen akzeptieren dabei mit 2448 € eine um rund 350 € niedrigere Obergrenze als Männer mit 2790 €. Die akzeptierte durchschnittliche Obergrenze ist dabei nahezu linear mit dem Alter in den Altersgruppen 18–64 ansteigend, was auch mit einer sinkenden Akzeptanz einer solchen Maßnahme korrespondiert. In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren ist die Akzeptanz einer Bargeldobergrenze mit 34,4 % am höchsten und die gewünschte Obergrenze liegt im Mittelfeld aller Altersgruppen. Den größten Widerstand gegen Bargeldbeschränkungen weisen Arbeitslose (73 %) und Selbstständige (72 %) auf, während Beschäftigte in Teilzeit nur zu 61 % dagegen sind. Mit Blick auf die Parteipräferenz zeigt sich ein gleiches Bild wie bei der Frage nach der Abschaffung des Bargeldes: Anhänger von Grünen sind mit 54 % am wenigsten gegen Bargeldobergrenzen, AfD-Wähler mit 83,6 % am stärksten dagegen.

Die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Einstellung zur Bargeldabschaffung und der Einführung von Bargeldobergrenzen zeigt Tab. 1.2. Immerhin kann sich ein gutes Viertel der Gegner einer Abschaffung des Bargeldes mit einer Obergrenze von durchschnittlich 2984 € anfreunden. Die Befürworter der Bargeldabschaffung hingegen

Tab. 1.2 Zustimmung zu Obergrenzen bei Bargeldzahlung nach Zustimmung/Ablehnung der Bargeldabschaffung. (In %, Spalten summieren sich auf 100 %; Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Civey-Fragen Nr. 46 und 1105)

		Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?		
		Weiß nicht	Nein	Ja
Sollte das Bezahlen mit Bargeld ab einem bestimmten Betrag untersagt werden?	Ja, ab 100 €	2,2	1,2	22,0
	Ja, ab 500 €	10,3	4,7	21,4
	Ja, ab 1000 €	8,2	6,9	13,2
	Ja, ab 5000 €	24,3	14,3	15,1
	Nein	45,2	69,1	22,8
	Weiß nicht	9,8	3,7	5,6
	Summe „Ja“	45,0	27,1	71,7
	∞-Obergrenze (€)	3002	2984	1417

befürworten zu 72 % eine Obergrenze von durchschnittlich nur 1417 € je Transaktion. Bei denen, die einer Bargeldabschaffung unentschieden gegenüberstehen, verteilen sich die Voten zu je 45 % auf Befürwortung und Ablehnung. Allerdings wünschen sich hier die Befürworter dann eine Obergrenze die mit 3000 € sogar leicht höher ist als bei denen die eine Bargeldabschaffung ablehnen.

1.4.3.2 Befürworten Sie den Beschluss der Europäischen Zentralbank, den 500-€-Schein ab 2018 abzuschaffen?

Am Beschluss der EZB den 500-€-Schein ab Ende 2018 nicht mehr auszugeben, scheiden sich erwartungsgemäß die Geister. Das Saldo aus den Prozentanteile der Ja-Antworten („Ja, auf jeden Fall“ und „Eher ja“) abzüglich der Prozentanteile der Nein-Antworten („Eher nein“ und „Nein, auf keinen Fall“) ergibt im Durchschnitt 1,1 %, welches ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis mit leichtem Überhang der Befürworter indiziert (siehe Spalte Saldo in Tab. A.1, Spalten III.b). Bei den Frauen überwiegt die Befürwortung mit 7,3 %, während die Männer mit -2,8 % im Mittel eher leicht gegen den EZB-Beschluss sind. Mit Blick auf den Erwerbsstatus fallen wieder die Selbstständigen und Arbeitslosen mit rund 20 % überwiegender Ablehnung auf, während Studenten, Rentner und Pensionäre im Mittel noch eher Verständnis für die Abschaffung des „500er“ aufbringen. Bei der Parteianhängerschaft zeigt sich erneut, dass Grünen-Anhänger mit einem Saldo von 22 % die größte Sympathie für diese Form der Bargeldbeschränkung haben, während bei den AfD-Anhängern die Ablehnenden die Befürworter um 54 Prozentpunkte übersteigen. Überwiegende Ablehnung gibt es auch bei FDP und Linken-Anhängern, während die SPD-Wähler eine nahezu große Sympathie für die Abschaffung des 500-€-Scheins haben wie die Grünen-Wähler.

Bemerkenswert ist, dass die AfD, FDP und Linken-Anhänger in deutlich stärkerer Opposition zu dem EZB-Beschluss stehen, als die Gegner der Abschaffung des Bargeldes. Gemäß Tab. 1.3 sind Gegner der Bargeldabschaffung im Saldo nur zu

Tab. 1.3 Zustimmung zum EZB-Beschluss nach Zustimmung/Ablehnung der Bargeldabschaffung. (In %, Spalten summieren sich auf 100 %; Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Civey-Fragen Nr. 46 und 1099)

		Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?		
		Weiß nicht	Nein	Ja
Befürworten Sie den Beschluss der Europäischen Zentralbank, den 500 €-Schein ab 2018 abzuschaffen?	Ja, auf jeden Fall	24,6	14,5	52,9
	Eher ja	26,7	23,4	20,7
	Unentschieden	26,9	18,6	14,3
	Eher nein	12,1	18,2	5,9
	Nein, auf keinen Fall	9,8	25,3	6,2
	Saldo: %Ja – %Nein	29,4	-5,6	61,5

5,6 % gegen die Abschaffung des 500-Euro Geldscheins. Befürworter sind im Saldo auch zu 61,5 % mehr für den EZB-Beschluss, wobei bereits knapp 53 % angeben, die Abschaffung des 500-€-Scheines „auf jeden Fall“ zu befürworten.

1.4.3.3 Würden Sie die Abschaffung von Ein- und Zwei-Cent-Münzen befürworten?

Die Abschaffung von Ein- und Zwei-Cent-Münzen findet über alle soziodemografischen Gruppen und politischen Lagern hinweg eine mehrheitliche Zustimmung (siehe Spalte Saldo in Tab. A.1, Spalte III.c). Bei der Befürwortung wird zwar in keiner soziodemografischen Gruppe die 80-Prozentmarke aus den Eurobarometer-Studien der Europäischen Kommission erreicht, aber immerhin liegt die Zustimmung (Anteile Ja-Antworten) zumeist über 60 %. Lediglich bei Personen ohne Schulabschluss sind die Ablehnenden leicht in der Überzahl. Hier sind die Männer deutlich stärker für die Abschaffung als die Frauen (32,5 zu 26,4 Prozentpunkte im Saldo). Die höchsten Zustimmungssalden (größer 35 %) lassen sich zudem in der Altersgruppe der 18- bis 39-Jährigen, sowie bei Studenten beobachten. Erneut sind es Selbstständige und Arbeitslose die mit einem Saldo von rund 22 % am wenigsten, aber immer noch deutlich, die Abschaffung der Kleinstmünzen befürworten. Ebenso sind es die Anhänger der Grünen, gefolgt von denen der SPD, welche am stärksten die Abschaffung der Kupfermünzen fordern. Dies wird auch mehrheitlich von AfD-Anhängern mitgetragen, allerdings von einem Zustimmungsüberhang von nur 6,1 Prozentpunkten.

Erwartungsgemäß ist die Zustimmung der Abschaffung der Kleinstmünzen bei den Befürwortern der Bargeldabschaffung mit 89 % am größten und überwiegt die Ablehnenden um 79,4 Prozentpunkte. Aber auch bei den Gegnern der Bargeldabschaffung überwiegt noch die Sympathie mit der Abschaffung der Kleinstmünzen um 23,4 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1.4).

Tab. 1.4 Zustimmung zur Abschaffung von Kleinstmünzen nach Zustimmung/Ablehnung der Bargeldabschaffung. (In %, Spalten summieren sich auf 100 %; Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Civey-Fragen Nr. 46 und 1100)

		Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?		
		Weiß nicht	Nein	Ja
Würden Sie die Abschaffung von 1- und 2-Cent Münzen befürworten?	Ja, auf jeden Fall	42,6	32,4	76,8
	Eher ja	34,5	26,5	12,2
	Unentschieden	9,0	5,7	1,5
	Eher nein	5,8	18,3	6,5
	Nein, auf keinen Fall	8,1	17,2	3,1
	Saldo: %Ja – %Nein	63,2	23,4	79,4

1.4.4 Wie groß ist die Bargeldpräferenz wirklich?

Während die Fragen in Abschn. 1.4.1, 1.4.2 und 1.4.3 hypothetischer Natur waren, stehen bei den folgenden Fragen nach der Bargeldpräferenz die faktischen Gewohnheiten der Befragten bei der Bargeldnutzung im Mittelpunkt.

1.4.4.1 Bezahlen Sie im Allgemeinen lieber mit Karte oder mit Bargeld?

Die Antworten auf diese Frage bestätigen die allgemein beobachtete Liebe der Deutschen zum Bargeld. 47,8 % der Bürger zahlen lieber mit Bargeld, dies sind 9,6 Prozentpunkte mehr als diejenigen, die im Allgemeinen lieber mit Karte zahlen. Ein differenziertes Bild ergibt sich jedoch beim Blick auf die soziodemografischen Gruppen. So gibt in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen und unter den Vollzeitwerbstätigen eine Mehrheit an, sie zahle lieber mit Karte. Die Bargeldpräferenz ist zudem unter den 40- bis 49-Jährigen, den Teilzeiterwerbstätigen, Abiturienten und Verheirateten gering aber positiv, im Saldo jedoch unter 5 %. Die größte Bargeldpräferenz, mit im Saldo über 35 Prozentpunkten, gibt es unter Arbeitslosen, Nichtwählern und AfD-Wählern. Während Selbstständige in den hypothetischen Fragen nach Bargeldabschaffung und -beschränkung immer stark für den Erhalt des Bargeldes eingetreten sind (siehe Abschn. 1.4.3.2 und 1.4.3.3), zeigen sie im faktischen Gebaren nur eine moderate Bargeldpräferenz von im Saldo 15 Prozentpunkten. Bei der politischen Ausrichtung haben erwartungsgemäß wieder die Grünen-Anhänger die geringste Bargeldpräferenz, befinden sich allerdings nahezu gleichauf mit den Wählern der CDU/CSU und FDP.

Bei der Präferenz nach der Bezahlung mit Bargeld unterscheiden sich die Befürworter der Bargeldabschaffung statistisch signifikant von den Gegnern, wie die Ergebnisse in Tab. 1.5 zeigen. Während 52 % der Gegner im Allgemeinen eher lieber oder deutlich lieber mit Bargeld zahlen (im Saldo +18,3 Prozentpunkte), bezahlen die Befürworter zu 80 % lieber mit Karte (im Saldo –65,9 Prozentpunkte).

Tab. 1.5 Bargeldpräferenz nach Zustimmung/Ablehnung der Bargeldabschaffung. (In %, Spalten summieren sich auf 100 %; Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Civey-Fragen Nr. 46 und 665)

		Soll Bargeld in Deutschland abgeschafft werden?		
		Weiß nicht	Nein	Ja
Bezahlen Sie im Allgemeinen lieber mit Karte oder mit Bargeld?	Deutlich lieber mit Bargeld	15,6	28,2	6,7
	Eher lieber mit Bargeld	19,4	23,6	7,0
	Unentschieden	16,1	14,8	6,7
	Eher lieber mit Karte	33,8	23,2	31,9
	Deutlich lieber mit Karte	15,1	10,3	47,7
	Saldo: %Bargeld – %Karte	-13,9	18,3	-65,9

Im Civey-Panel wurde zusätzlich die Frage gestellt „Wie wichtig ist für Sie die Möglichkeit, in Geschäften bargeldlos zahlen zu können?“ mit Antwortkategorien auf einer 5er-Likert-Skala von „sehr wichtig“ bis „gar nicht wichtig“ mit der Mittelkategorie „unentschieden“.⁴ Die Ergebnisse auf diese Frage sind deckungsgleich mit denen auf die obige Frage nach der Bargeldpräferenz. Personen, die deutlich lieber mit Bargeld zahlen spendet ein Kartenterminal im Geschäft wohl keinen zusätzlichen Optionsnutzen, während es für Kartenliebhaber sehr wichtig ist.

1.4.4.2 Wie häufig heben Sie Geld am Automaten ab?

Die Folge einer hohen Bargeldpräferenz und folglich des selteneren Einsatzes der Karte ist ein höherer Bedarf an Bargeldversorgung, die zumeist an Geldautomaten erfolgt. Im Durchschnitt heben die Deutschen etwa alle zwei Wochen (27,4 mal im Jahr) Bargeld am Automaten ab. Die Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen, Erwerbstätige in Voll- und Teilzeit sowie Arbeitslose gehen mit über 30 mal im Jahr dabei am häufigsten zum Geldautomaten, während Schüler und Rentner hingegen etwas seltener als der Durchschnittsbürger Geld abheben. Die über die soziodemografischen Gruppen hinweg geringe Standardabweichung in der Häufigkeit der Bargeldabhebung am Automaten von 2,6 mal pro Jahr deutet darauf hin, dass die Menschen ihren unterschiedlich hohen Bargeldbedarf eher über unterschiedlich hohe Abhebungsbeträge decken, als in häufigeren Automatenbesuchen.

Mit Blick auf die Befürwortung oder Ablehnung der Bargeldabschaffung gibt es diesbezüglich keine statistisch signifikanten Unterschiede, mit Blick auf die Bargeldpräferenz (Frage IV.a) allerdings schon: Erwartungsgemäß gehen Personen, die eine hohe Bargeldpräferenz haben, auch häufiger zum Geldautomaten (siehe Zeile Saldo in Tab. 1.6). Interessant ist jedoch die Tatsache, dass Personen die angaben, „nie“ zum Geldautomaten zu gehen, eine deutlich höhere Bargeldpräferenz haben. Dies kann einerseits damit erklärt werden, dass sich diese Personen ihr Bargeld am Bankschalter besorgen, oder andererseits, dass diese Personen in einen vollkommen giralgeldfreien Bargeldverkehr integriert sind. Eine noch höhere Bargeldpräferenz liegt nur bei denjenigen vor, die die Häufigkeit ihres Automatenbesuchs nicht einzuschätzen vermochten, im Saldo von 52,9 % unter den „weiß nicht“-Angaben.

Im Civey-Panel wurde zudem die Frage gestellt „Wie häufig nutzen Sie das Angebot einiger Ladengeschäfte, bei Kartenzahlung an der Kasse Bargeld abzuheben?“ mit 5 qualitativen Häufigkeitskategorien von „sehr häufig“ bis „nie“ mit einer „weiß nicht“ Option.⁵ Es zeigte sich, dass dieses Angebot an der Ladenkasse von mehr als der Hälfte der Befragten nie und von 80 % eher selten oder nie wahrgenommen wird. Diese Anteilswerte sind weitestgehend unabhängig von der Frequenz des Besuches beim Geldautomaten. Die Hypothese, dass die Bargeldabhebung an der Ladenkasse als Substitut zum Gang an den

⁴Civey Frage Nr. 1103; Umfrage und Ergebnisse unter: <https://widget.civey.com/1103>.

⁵Civey Frage Nr. 1104; Umfrage und Ergebnisse unter: <https://widget.civey.com/1104>.

Tab. 1.6 Bargeldpräferenz nach Häufigkeit der Geldautomatennutzung. (In %, Spalten summieren sich auf 100 %; Quelle: eigene Berechnung, basierend auf Civey-Fragen Nr. 644 und 665)

		Wie häufig heben Sie Geld am Automaten ab?					
		Etwa einmal pro Woche oder häufiger	Etwa alle zwei Wochen	Etwa einmal im Monat	Seltener	Nie	Weiß nicht
Bezahlen Sie im Allgemeinen lieber mit Karte oder mit Bargeld?	Deutlich lieber mit Bargeld	26,4	24,8	28,7	27,4	52,7	49,5
	Eher lieber mit Bargeld	24,0	22,8	20,3	18,9	17,0	14,3
	Unentschieden	15,0	15,3	11,2	10,6	3,6	25,3
	Eher lieber mit Karte	22,7	24,8	25,6	23,8	14,8	8,8
	Deutlich lieber mit Karte	12,0	12,2	14,2	19,3	11,8	2,1
	Saldo: %Bargeld – %Karte	15,7	10,6	9,2	3,2	43,1	52,9

Geldautomaten sein könnte, musste auf dieser Grundlage verworfen werden. Im Gegenteil haben diejenigen, die sehr häufig zum Geldautomaten gehen, auch noch ein bisschen häufiger von der Geldabhebung an der Ladenkasse Gebrauch gemacht.

1.4.4.3 Wie häufig runden Sie an der Kasse den Betrag, um keine Ein- oder Zwei-Cent-Münzen als Rückgeld zu erhalten?

Wenngleich es eine große Zustimmung zur Abschaffung der Ein- und Zwei-Cent-Münzen gibt (siehe oben), nutzen 71,6 % der wahlberechtigten Deutschen eher selten oder nie die Chance die Kupferlinge durch Rundung an der Kasse zu lassen. Dieses Ergebnis ist statistisch unabhängig von soziodemografischen Merkmalen und politischen Lagern. Lediglich mit Blick auf die regionale Verteilung der Rundungsgewohnheit gibt es statistisch signifikante Unterschiede. So achtet man in den nördlichen Bundesländern noch stärker auf die Herausgabe des korrekten Geldbetrages inkl. der Kupfermünzen (im Saldo –66,6 Prozentpunkte), während man in den südlichen Bundesländern noch etwas eher Bereitschaft zum Runden hat (im Saldo –49 Prozentpunkte).

Die Einstellung zur Bargeldabschaffung hat mit Blick auf das Rundungsverhalten zwar einen statistisch signifikanten, allerdings im Ergebnis keinen nennenswerten Einfluss auf das Rundungsverhalten: Die Befürworter der Bargeldabschaffung runden mit 21,8 % etwas häufiger als die Gegner mit 14,7 %. Allerdings sind die „Runder“ damit in beiden Lagern in der Minderheit, da jeweils über 50 % angeben nie zu runden und über zwei Drittel nie oder eher selten runden.

Stimmig ist auch der Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Abschaffung und der Rundung der Kleinstmünzen, wie Tab. 1.7 zeigt.

Zwar geben selbst unter den starken Befürwortern der Abschaffung von Ein- und Zwei-Cent-Münzen 42,9 % an, an der Kasse niemals zu runden, dieser Anteil steigt jedoch schnell über 50 % sobald die Abschaffung der Münzen nicht mehr befürwortet wird und gipfelt in einem Maximum von knapp drei Vierteln bei denen, die die Abschaffung der Münzen definitiv ablehnen. Spiegelbildlich verringern sich die Anteile derjenigen, die eher